

BUNDESWEHR

„Unterstes Niveau“

Der Einsatz in Afghanistan ist möglicherweise die letzte Mission, die deutsche „Tornado“-Jets für die Nato erfüllen. Der Grund: Wegen akuten Geldmangels kann die Luftwaffe weder bei der technischen Ausrüstung der Flugzeuge noch beim Pilotentraining die von der Allianz geforderten Mindeststandards erfüllen. Wie aus einem vertraulichen Planungspapier des Bundeswehr-Generalinspektors Wolfgang Schneiderhan hervorgeht, fehlt sogar das Geld, um die „Tornados“ mit neuen Geräten auszustatten, mit deren Hilfe eigene und feindliche Flugzeuge sicher voneinander unterschieden werden können. Auch andere „beabsichtigte Maßnahmen zur Verbesserung der Einsatzfähigkeit“ der Jets waren demnach aus Geldnot „nicht einplanbar“. Als Folge drohe womöglich, dass die Nato deutsche Kräfte schon in etwa drei Jahren nicht mehr für gemeinsame Aktionen akzeptieren werde. Wegen steigender Kosten für Wartung und Treibstoff sei die Luftwaffe zudem gezwungen, das Pilotentraining erheblich einzuschränken. „Flugstunden für Ausbildung und Übung“, so das Papier, „können nur auf unterstem noch vertretbarem Niveau zur Verfügung

gestellt werden.“ Dabei werde der Nato-Standard – 180 Stunden pro Crew und Jahr – „weiterhin nicht erreicht“. Tatsächlich schaffen viele Piloten gerade einmal 100 Flugstunden. Um den Einsatz der sechs am Hindukusch stationierten „Tornados“ sicherzustellen, müssen Geschwader in der Heimat zudem wohl bald auf Ersatzteile verzichten. Vergangene Woche zerschellte ein „Tornado“ bei einem Übungsflug in der Schweiz an einem Berg. Der Pilot, ein erst 27 Jahre alter Oberleutnant, kam dabei ums Leben.



„Tornados“ (in Lagerlechfeld)

BAHNPRIVATISIERUNG

Widerstand gegen Tiefensee

Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) stößt mit seinen Vorstellungen zur Privatisierung der Bahn auf zunehmenden Widerstand. Laut einem Referentenentwurf will Tiefensee das Schienennetz für mindestens 15 Jahre an die Bahn übertragen. Der Bund wäre nach dem Börsengang dann nur noch auf dem Pa-

pier Eigentümer. Nachdem bereits das Bundesinnenministerium verfassungsrechtliche Bedenken angemeldet hatte, wollen nun mehrere Bundesländer auf der Verkehrsministerkonferenz am Mittwoch in Wernigerode darauf drängen, dass auch nach einer Bahnprivatisierung das Schienennetz zu 100 Prozent beim Bund bleibt. Zumindest aber soll die wirtschaftliche Übertragung des Netzes auf maximal fünf Jahre beschränkt werden und vom Bund auch vor diesem Zeitpunkt schon jederzeit kündbar sein. „Wir brauchen eine klare Trennung von Netz und Betrieb“, fordert Hessens Verkehrsminister Alois Rhiel (CDU). Nur so sei „ein funktionierender Wettbewerb zu gewährleisten“. Unterstützung wird Rhiel dabei in Wernigerode wohl vor allem von Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen bekommen. Der Düsseldorfer Landtag hatte sich bereits Ende März auf Antrag der regierenden CDU/FDP-Koalition dafür ausgesprochen, das Schienennetz beim Bund zu belassen.



PAUL LANGROCK / ZENIT

STASI

Ermittlungen gegen Boßdorf

Aktenfunde zur Stasi-Vergangenheit von Hagen Boßdorf könnten für den ehemaligen ARD-Sportkoordinator erhebliche Folgen haben. Die Hamburger Staatsanwaltschaft ermittelt seit Monaten gegen den 42-Jährigen wegen des Verdachts der Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung. Dabei geht es um strittige Kontakte Boßdorfs während seiner Studienzeit in Leipzig zu Studentinnen aus Göttingen. In den Akten der Leipziger Stasi-Abteilung XV für Auslandsspionage steht, dass Boßdorf und sein Führungsoffizier die „Realisierung konkreter Bearbeitungsmaßnahmen“ der Studentinnen besprochen haben sollen. Bei der ARD, mit der Boßdorf nach einem Schleichwerbevorfall im vergangenen Jahr eine hochdotierte einvernehmliche Auflösungsvereinbarung schloss, gibt man sich wortkarg: „Wir halten uns an unsere Vereinbarung, die Stillschweigen vorsieht.“ Intern ist der Ärger aber groß – so wird diskutiert, ob die Trennungsvereinbarung womöglich unter falschen Voraussetzungen zustande kam. Beim neuen Arbeitgeber von Boßdorf, der Sportrechteagentur Sportfive, sagte eine Sprecherin, man werde die neue Faktenlage prüfen. Boßdorf war für eine Stellungnahme nicht zu erreichen.



SEBOLD/PRESS

Boßdorf